schaften für denselben einsetzen, und stehen auch in diesem Falle in einer Front mit den Renegaten der ASPS. Der einzige Erfolg dieser Spaltungsarbeit der linken Führer ist eine Stärkung der Bourgeoisie, vor allen Dingen auch im sächsischen Wahlkampfe.

Hin und wieder finden wir nun bei den linken sozialdemokratischen Führern das Eingeständnis, daß der Stimmzettel im Klassenkampfe nicht entscheidet. Sehr schön. Mit welchen Waffen und welchen Mitteln soll dann aber die Arbeiterschaft den entscheidenden Kampf führen? Wir haben doch gesehen, daß die Linken jede ernsthafte Massenaktion ablehnen mit der faulen Ausrede, es handle sich um „wilde" Bewegungen oder um eine „niederträchtige kommunistische Masche". Wenn die linken Führer in die Sackgasse gedrängt sind, dann antworten sie, die Führung des Klassenkampfes in den wichtigen wirtschaftspolitischen und sozialen Fragen falle einzig und allein den „rechtmäßigen" Organen der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften zu. Gleichzeitig schreibt die linkssozialdemokratische Presse gegen Leipart und Graßmann wegen ihrer Antworten auf Silverbergs Rede. Gleichzeitig stimmen die sozialdemokratischen Arbeiter in den Gewerkschaften im Bunde mit den kommunistischen Arbeitern gegen die Franz, Schilling, Wirth und Winkler. Damit ist offen anerkannt, daß die Gewerkschaftsführung mit ihrem Apparat keinen Klassenkampf führt, sondern Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik mit den Unternehmern betreibt. Wo bleibt nun in der Gewerkschaftsfrage die revolutionäre Konsequenz der linken Führer? Unterstützen sie die kommunistischen Anträge in den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften? Führen sie einen offenen Kampf zur Beseitigung der ASPS-Renegaten aus den leitenden Positionen der Gewerkschaften? Nichts von alledem! Sie tun das Gegenteil. Die linken und rechten sozialdemokratischen Führer Sachsens haben den Burgfrieden in den Gewerkschaften beschlossen. Wenn trotzdem der Kampf gegen die Renegaten in den Gewerkschaften nicht ruht, so zeugt das nur von dem gesunden proletarischen Empfinden der sozialdemokratischen Arbeiter, die gemeinsam mit den Kommunisten den Kampf gegen die Verräter des Proletariats weiterführen und die sich in diesem Kampfe auch nicht durch die Unentschlossenheit und Kompromißsucht ihrer Führer irre machen lassen. Was für die Gewerkschaften gilt, gilt im gleichen Sinne auch für die Genossenschaften. Sobald den Lippenbekenntnissen der linken Führer die Tat folgen soll, schrecken sie zurück und verbinden sich mit den offenen Renegaten gegen die Arbeiter.

III.

Die Ursachen dieser ununterbrochenen Schwankungen, Widersprüche und Kompromisse der linken Führer sind begründet in deren falscher opportunistischer Stellung zum Staat, der Revolution, so wie zu allen entscheidenden Fragen des Klassenkampfes. Die Kommunisten unterscheiden sich von der Politik dieser Führer darin, daß sie eindeutig und ohne Kompromisse die bürgerliche Demokratie bekämpfen, die Kommunisten nähren nicht innerhalb der Arbeiterschaft die Illusion, daß es möglich sei, den kapitalistischen Staat von innen zu erobern, mit Hilfe des Klassenparlaments, oder „Demokratisierung der Verwaltung". Deshalb ist die Beteiligung der Kommunisten an den Wahlen auch keine grundsätzliche Anerkennung des bürgerlichen Parlamentarismus. Sie ist vielmehr lediglich ein Mittel zur Propaganda des Kommunismus, ein Hilfsmittel zur Feststellung der politischen Reife der Arbeiterklasse, und der Kräfteverschiebungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sowie ein Maßstab zur Erkennung der Stärke der reformistischen und der kommunistischen Hauptströmungen innerhalb der werktätigen Massen. Die Kommunisten benutzen den Wahlkampf zur Aufrüttelung und zur Aufklärung der gleichgültigen Massen, zur Sammlung und Mobilisierung der politisch denkenden Arbeiter. Die Teilnahme der Kommunisten am Wahlkampf zum Parlament wird damit zu einem Teil des großen Kampfes, zur Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Kommunisten lehnen die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Maßstab ab. Deshalb ist auch die Stellungnahme der Kommunisten gegenüber der Koalitionspolitik in Deutschland und dem Völkerbund eine durchaus einheitliche und konsequente.

Vom Reformismus und Opportunismus der Sozialdemokratischen Partei trennt die Kommunisten eine tiefe Kluft. Kommunisten reichen jedoch jedem sozialdemokratischen Arbeiter als Bundesgenossen im Klassenkampfe die Hand. Das gemeinsame Klasseninteresse eint alle kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter. Je eifriger die sozialdemokratische Parteiführung zur Koalitionspolitik und zum Völkerbund strebt, desto schneller und enger werden sich die Arbeitermassen in der proletarischen Einheitsfront zusammenschließen müssen. Es geht um die Existenz der Klasse, um den historischen Sieg der sozialistischen über die kapitalistische Welt. Dieser Sieg kann aber nur errungen werden, unter dem roten Banner der proletarischen Diktatur, im Zeichen von Hammer und Sichel.

Damit ist auch hinreichend bewiesen, daß die sächsischen Wahlen keineswegs eine nur sächsische Angelegenheit sind. Die Politik der Heldt-Regierung ist von Anbeginn die getreueste Vasallenpolitik der Luther, Marx und Hindenburg gewesen. Wer die sächsischen Koalitionspolitiker schlagen will, der muß die Koalitionspolitiker im Reiche vernichten.

Die Kommunisten wollen, daß die Arbeiter aus Sachsen ein rotes Arbeitersachsen machen. Das ist durch den Stimmzettel nicht zu erreichen. Dazu gehört mehr. Vor allen Dingen auch der entschlossene Wille, gegen die reaktionäre Politik der Reichsregierung anzukämpfen und schließlich diese Regierung zu beseitigen. Eine Mehrheit aus Kommunisten und Sozialdemokraten im Sächsischen Landtag konnte ausgenutzt werden als Stützpunkt der Arbeiterschaft im Kampfe gegen alle konterrevolutionären Maßnahmen des Reiches. Die Voraussetzungen hierzu sind im Wahlaufruf der KPD klargelegt. Vom Kampf gegen die Reichsregierung steht im Wahlaufruf der SPD kein Wort. Aus guten Gründen, die [illegible] Sozialdemokraten dürfen die Koalitionspläne des Parteivorstandes nicht durchkreuzen.

Eine Politik, die sich nicht zur aktivsten Massenpropaganda und Massenmobilisierung aufrafft, eine Politik, die sich nicht auf den Willen und die Bedürfnisse der breiten Massen stützt, sondern die entweder zu lavieren versucht zwischen den Interessen der Besitzenden und der Besitzlosen, oder offen als Agentin des Kapitals auftritt, muß von jedem klassenbewußten Proletarier unbarmherzig und unversöhnlich bekämpft werden.

Nur die Kommunistische Partei führt den Wahlkampf in diesem Sinne. Deshalb:

Jeder Werktätige für die KPD!

Der Schacher um die Große Koalition in Preußen

Berlin, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gestern haben neue Besprechungen über die Schaffung einer Großen Koalition in Preußen stattgefunden. Zentrum und Demokraten haben die Initiative in die Hand genommen und den Ministerpräsidenten Braun ersucht, persönlich die Verhandlungen über die Regierungsumbildung zu leiten. Die preußische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt. Die Deutsche Volkspartei wird davon informiert, daß der preußische Ministerpräsident Vorschläge ausarbeiten wird, mit denen er an die Deutsche Volkspartei herantreten wird. Dieser Weg ist beschritten worden, weil die sozialdemokratische Führerschaft gleichzeitig die Regierungsumbildung auch im Reiche wünscht. Während in [illegible] die Volkspartei in die Regierung aufgenommen [illegible] werden soll, verlangen einflußreiche sozialdemokratische Führer Aufnahme der SPD in die Marx-Regierung.

Verbreiterung der englischen Kampffront

London, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Cook hielt gestern eine Rede, in der er erklärte, daß die Hafenarbeiter und Eisenbahner voraussichtlich in den nächsten Tagen beschließen werden, keine ausländischen Kohlentransporte mehr auszuladen oder zu befördern. In verschiedenen Grafschaften ist ein großer Teil der Arbeiter, die die Arbeit wieder aufgenommen haben, von neuem in den Streik getreten. Einige Gewerkschaften, in denen Notstandsarbeiter organisiert sind, haben eine Konferenz nach London einberufen, um über die Niederlegung der Arbeit zu beraten. Nach dem „Daily Herald" trifft die bürgerliche Meldung über teilweise Wiederaufnahme der Arbeit durch die Bergarbeiter nicht zu. Nach dieser Meldung wird die englische Streikfront erheblich verbreitert.

Sozialdemokratische Fürstenknechte

Der preußische Hohenzollernvergleich in 2. Lesung angenommen — Stimmenthaltung der SPD — Kommunistische Abgeordnete werden mundtot gemacht!

Berlin, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im gestrigen Landtag wurde der Hohenzollernvertrag in 2. Lesung durchgepeitscht, nachdem die kommunistische Obstruktion durch Polizeigewalt und durch Anträge der deutschnational-sozialdemokratischen Einheitsfront abgewürgt war. Die Tribüne wurde geräumt. Die Polizei entfernte die zahlreich erschienenen Arbeiter. Etwa 20 kommunistische Abgeordnete wurden teils für 20 und 10 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. Die Hohenzollernmehrheit mit Einschluß der SPD nahm nach stürmischen, mehrfach unterbrochenen Verhandlungen einen Antrag an, der die Stellung von Abänderungsanträgen und die weiteren Beratungen illusorisch machte. Darauf verließen die Kommunisten unter Protest den Saal. Bei der Abstimmung über den Raubvertrag enthielt sich die sozialdemokratische Fraktion der Stimme. Der Schandvertrag wurde von der Mehrheit mit den Deutschnationalen angenommen. Am Freitag soll das Verbrechen in 3. Lesung vollendet werden. Die Kommunisten werden ihre Obstruktion fortsetzen. Zum Zwecke der außerparlamentarischen Mobilisation der Massen gegen den Hohenzollernpakt finden am Donnerstag in Berlin Demonstrationen statt.

Die stürmische Sitzung

Auf den Tribünen des Hohenzollernparlaments sah man gestern eine ganze Reihe von Vertretern der Betriebe und Erwerbslosen Berlins. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Genosse Bartels die Abgabe einer Erklärung, welche sich auf Behauptungen des Finanzministers und des Sozialdemokraten Heimann aus der gestrigen Hohenzollerndebatte bezieht. Genosse Bartels protestierte vor allen Dingen gegen die verlogene Behauptung des Ministers, daß der § 7 des Vertrages zwischen der Braunregierung und den Hohenzollern die Rückkehr des Ex-Kaisers unmöglich mache. Der sozialdemokratische Präsident entzieht dem Genossen Bartels das Wort. Danach verlangte Genosse Winterfeldt die Besprechung eines kommunistischen Antrages, wonach für Millionen Mark für die Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Sozial- und Kriegsrentner vom Landtage beschlossen werden sollte. Genosse Pieck verlangte darauf erneut die Hinausschiebung der Hohenzollerndebatte um vier Wochen. Genosse Kilian protestierte dagegen, daß der Präsident ihm zwei Ordnungsrufe erteilt habe, als er noch gar nicht im Saale anwesend war. Als Genosse Müller-Frankfurt diese Charakterisierung durch einen Zuruf unterstrich, wurde er durch den sozialdemokratischen Präsidenten aus der Sitzung ausgewiesen. Genosse Pieck beantragt die Absetzung des ersten Punktes der Tagesordnung und deren Umstellung. Das wurde natürlich von dem Hohenzollernblock, von den Deutschnationalen bis zur SPD, abgelehnt. Darauf beantragte ein sozialdemokratischer Hohenzollerngalan schleunigst den Schluß der Geschäftsordnungsdebatte.

Die niederträchtigen Versuche der Landtagsmehrheit, die Obstruktion der kommunistischen Fraktion unwirksam zu machen, haben die Arbeiter auf der Tribüne in starke Unruhe versetzt. Diese steigerte sich und es kam zu heftigen Sturmszenen, als der Deutschnationale von der Osten die Verdienste der Hohenzollern preist und den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten anstachelt, schärfer gegen die kommunistische Fraktion loszugehen. Bartels gehorcht und teilt einige Ordnungsrufe an kommunistische Abgeordnete aus. Genosse Pieck wies die Angriffe und blöden Behauptungen des deutschnationalen Abgeordneten mühelos zurück. Plötzlich schlich sich der Demokrat Riedel zum Präsidenten Bartels und denunziert einen kommunistischen Abgeordneten wegen eines Zurufes. Diese Gemeinheit löst bei der kommunistischen Fraktion heftigste Empörung aus. Genosse Kellermann warf dem Riedel ein Bündel Hohenzollernakten an den Kopf. Es entstand ein Tumult. Das Präsidium flüchtete. Doch zuvor hatte es noch den Befehl gegeben, die Tribüne von den Arbeitern räumen zu lassen. Doch die Arbeiter gaben von der Tribüne ihre Forderungen kund: Keinen Pfennig den Fürsten! Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungs-Sätze! Nieder mit den Hohenzollernlakaien! Die Hohenzollernparteien und ganz besonders die Sozialdemokraten standen verdutzt und ängstlich da. Die sozialdemokratischen Arbeiter auf der Tribüne drückten die Fäuste in den Saal hinunter gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten. Ein sozialdemokratischer Arbeiter schrie: Genossen, haben unsere Vertrauensleute einstimmig beschlossen, den schärfsten Kampf gegen den Hohenzollernvertrag zu führen, mit allen Mitteln die Annahme des Vergleichs zu verhindern. Und jetzt versucht ihr, gemeinsam mit den Bürgerlichen die kommunistische Obstruktion kaputt zu machen. Sozialdemokratische Erwerbslosendelegierte rissen ihre Abzeichen herunter und warfen sie den SPD-Heilmann vor die Füße. Nachher zogen sie vereint mit den kommunistischen und parteilosen Arbeitern unter dem Gesang der Internationale vor dem Landtagsgebäude vorbei.

Die Kommunisten verlangten die Wiedereröffnung der Tribüne, es wurde jedoch unter Ausschluß der Oeffentlichkeit weitergetagt.

Ungeheure Empörung der Berliner Arbeiter

Berlin, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Empörung über die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen zur Abfindungsfrage der Hohenzollern ist ungeheuerlich. Die Funktionäre, und zwar Betriebsräte und Vertrauensleute von Daimler, forderten restlose Ablehnung des Hohenzollernpaktes durch die KPD und SPD. Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter protestierte gegen die Verabschiedung des Hohenzollernpaktes und verlangte einmütig die Ablehnung durch die Arbeitervertreter im Landtag. Zahlreiche Betriebe und Arbeitsnachweise hatten ihre Delegationen zum Landtag geschickt, um die SPD-Fraktion über ihre Haltung zu der Hohenzollern-Abfindung zu interpellieren. Die SPD-Fraktion versuchte, sich um den üblichen Mätzchen vor einer Aussprache mit den einzelnen Delegationen zu drücken. Der SPD-Abgeordnete Müller-Hannover, der bereits um 10 Uhr 30 Minuten vormittags in angetrunkenem Zustand im Landtag herumlief, erklärte einer Delegation von 18 Mann, daß er keine Zeit für eine Besprechung habe, da er in eine Sitzung müsse. Die Sitzung war ein Frühstück im Restaurant des Landtags. Eine Delegation von Landmännischen Angestellten versuchte, die SPD-Fraktion zu sprechen. Heilmann ließ sich verleugnen. Die SPD-Abgeordneten Jürgens und Hanna versuchten, die SPD-Haltung vor 25 erwerbslosen Vertretern zu rechtfertigen. Die Rechtfertigung war ein hilfloses Gestammel: „Wir haben nicht die Macht, um die Fürstenabfindung zu verhindern, deshalb enthalten wir uns der Stimme." Auf die Frage der Arbeiterdelegation, weshalb die SPD nicht gegen die schändliche Abfindung stimme, gaben die Sozialdemokraten den Rat, sich im „Vorwärts" zu informieren. Ein SPD-Abgeordneter soll sogar einem Erwerbslosen einen Groschen angeboten haben, damit er sich den „Vorwärts" kaufen solle.

Gestern fanden in Berlin zwei überfüllte Massenversammlungen gegen den Hohenzollernblock statt, die flammenden Protest gegen die Schändlichkeiten der Fürstenknechte erhoben.

Der Kreuzzug des Weibes

Von Dr. med. R. Schmincke.

In den UT-Lichtspielen wird zurzeit ein Film aufgeführt, welcher den Konflikt zwischen den vernünftigen Lebenserfordernissen und dem starren Gesetz der Abtreibungsparagraphen behandelt.

Die Bestrafung der Abtreibung ist ein untaugliches Mittel, weil in den 50 Jahren ihres Bestehens die Zahl der Abtreibungen relativ absolut auf das Zehnfache gestiegen ist, sie ist ungerecht, weil sie ein soziales Ausnahmegesetz gegenüber dem Proletariat darstellt, sie ist schädlich, weil die Schwangeren zu Kurpfuschern und unzweckmäßiger Selbsthilfe getrieben werden, und daß 8000 Frauen jährlich dem Tode und 25 000 dem dauernden Siechtum überliefert werden.

Der Film zeigt uns die Ungerechtigkeit der Abtreibungsparagraphen. Einer „Dame" aus der sogenannten Gesellschaft ist es ein leichtes, die Leibesfrucht, welche ihre Figur schädigt, durch einen gefälligen Arzt abtreiben zu lassen. Der Staatsanwalt greift nicht ein, weil der Arzt, welcher den Eingriff vorgenommen hat, behauptet, es sei eine Lebensgefahr vorhanden gewesen.

Auf der anderen Seite sehen wir, wie ein Arzt einem Arbeiterehepaar, welches unter Not und Elend leidet, bei der eingetretenen Schwangerschaft seine Hilfe verweigert, obwohl zu erwarten steht, daß das Kind kränklich zur Welt kommen wird. Das Ehepaar schreitet zur Selbsthilfe. Der Film zeigt uns das Sterben der unglücklichen Frau. Vier Kinder stehen mit dem Vater am Sterbebette. Da tritt der Kriminalbeamte ein und verhaftet im Auftrage des Staatsanwaltes den Vater. So stehen die Kinder schutz- und hilflos allein in der Welt.

Das Gesetz zeigt sich in diesen Fällen in seiner erschütternden Schädlichkeit für die Volksgesundheit. Die Frau muß sterben, da die sachkundige Hand ihr die Hilfe verweigern muß, durch unzweckmäßige Einleitung der Fehlgeburt.

Der Staatsanwalt ist verlobt mit einer Lehrerin. Diese wohnt im Hause der Arbeiterfamilie. Sie bittet um Freilassung des Verhafteten. Vergebens. — Die Portiersfamilie im Hause hat einen erwachsenen idiotischen Sohn. Dieser stürzt sich eines Tages, nachdem er sich betrunken hat, auf die Braut des Staatsanwaltes und vergewaltigt sie. Sie wird schwanger. Nun steht sie vor der Tatsache, vergewaltigt durch den Idioten, durch Austragen der Schwangerschaft ihre Stellung als Lehrerin zu verlieren. Sie wendet sich an ihren Arzt. Nach einigem Widerstreben willigt der Arzt ein, unterbricht die Schwangerschaft, stellt sich dann freiwillig dem Staatsanwalt. Dieser erkennt, daß es sich bei dem Fall um seine Braut handelt. Er ist außerstande, die Anklage zu vertreten, ihm wird's klar, daß das Gesetz im Widerspruch mit dem Leben steht. Er entlastet seinen Amte, kehrt zu seiner Braut zurück und setzt sich hinweg über eine Welt von Vorurteilen und veralteten Gesetzen.

Dieses Lichtspiel, das so überzeugend die Unsinnigkeit der Abtreibungsparagraphen wiedergibt, geht nicht über die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft hinaus. Wohl zeigt es die soziale Seite der Abtreibung, flüchtet aber die Not der Bevölkerung auf die Malthusische Theorie zurück, wonach sich die Menschen rascher vermehren als die Lebensmittel, anstatt zu zeigen, daß die kapitalistische Produktionsform verantwortlich für das Elend der Massen und somit auch für die aus wirtschaftlicher Not veranlaßte Abtreibung ist.

Vier Gründe ernsthafter Art gibt es für die Vornahme der Abtreibung, die gesundheitliche, die soziale, die eugenetische und die Notzuchtsindikation. Die Aerzte als Organisation erkennen nur die erste, die gesundheitliche Anzeige an. Und wenn die Gesundheit oder das Leben der werdenden Mutter gefährdet ist, darf nach ihrer Ansicht die Frucht entfernt werden. Sie verwerfen die Abtreibung aus sozialen Gründen, selbst wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schwangeren so sind, daß nicht zu erwarten steht, daß ein gesundes Kind aufgezogen werden kann. Sie verwerfen die eugenetische Indikation, d. h. sie verweigern die Unterbrechung der Schwangerschaft, selbst wenn zu erwarten steht, daß das Kind krank zur Welt kommt und mit dauerndem Siechtum behaftet ist, den Angehörigen und der Gesellschaft zur Last fällt. Sie verwerfen die Notzuchtsindikation und machen sich dadurch zu Mitbeteiligten der Folgen eines Verbrechens und der Vermehrung der Leiden der Vergewaltigten, indem sie dieselbe zwingen, das Kind auszutragen. Die Juristen teilen diesen Standpunkt. Wer etwa annimmt, daß die Vertretung dieses Standpunktes nur graue Theorie sei und daß in Wirklichkeit in der Praxis doch anders verfahren würde, irrt. So leicht es auch für die Bourgeoisie ist, gefällige Aerzte zu finden, welche für Geld ohne Indikation nur wegen der schlanken Taille oder der Winterfälle abtreiben, so sicher steht es doch, daß die Mehrzahl der Aerzte sich streng an diese Anzeichen hält. Zu welchen verruchten Konsequenzen das führt, beweist der in der medizinischen Fachpresse von Med.-Rat Dr. Pfeffer, Eindeck, mitgeteilte Fall, wo ein zehnjähriges Kind von seinem Stiefvater genotzüchtigt und geschwängert war und es nicht gelang, einen Arzt zu finden, der die Abtreibung vornahm, so daß das zehnjährige Kind ein Kind gebar. Als sie ihr Neugeborenes sah, wandte sie sich mit dem Ausdruck inneren Grauens von ihm ab und verlangte nach seiner Puppe.

Das Proletariat verlangt, daß das widersinnige, untaugliche, ungerechte und schädliche Gesetz fällt.

Wir begrüßen es, daß die UT-Lichtspiele durch die Aufführung des Stückes „Der Kreuzzug des Weibes" uns in unserem Kampfe gegen die mittelalterlichen Schandparagraphen gegen die Abtreibung zu Hilfe kommen. Es wird so der Druck der Oeffentlichkeit verstärkt gegen die starre, mit dem Leben im Widerspruch stehende Auffassung rückständiger Aerzte und Juristen und der bürgerlichen Parteien.

Die Vererbung geistiger Anlagen

„Der Mensch ist das Produkt seiner Anlagen und seiner Umwelt".

Auf Einladung des Dresdner Lehrervereins sprach vergangenen Freitag abend in den Räumen des Vereins Herr Universitätsprofessor Peters, Jena, über die Vererbung geistiger Anlagen. Er führte etwa folgendes aus: Erst spät sind Entwicklungs- und Vererbungsideen in die Forschungsarbeit der Psychologie eingedrungen. Die Psychologie weist demzufolge auf diesem Gebiet noch keine umfassenden Ergebnisse auf. Die alte Anschauung der Vererbung geistiger Eigenschaften hat sich bald als unhaltbar erwiesen, vererbt werden nur geistige Anlagen, aus denen sich erst die Eigenschaften entwickeln. Sie zur Entwicklung zu bringen, ist Sache der Entwicklungszeit, die aus der Umwelt des Kindes hervorgehen: Die besten geistigen Anlagen können bei ungünstigem Milieu verkümmern, auf der anderen Seite aber bei besten Umweltseinflüssen nicht hervorgezaubert werden, wenn sie nicht vorhanden sind. Der Mensch ist ein Produkt aus seinen Anlagen und seiner Umwelt. Um die Menschen emporzuführen, genügt nicht nur die bessere Auswahl bei der Zuchtwahl, sondern wichtiger ist die Verbesserung der Umweltbedingungen. Völlig abwegig ist es, die geistige Beschaffenheit eines Kindes aus dem Stand der Eltern und deren geistigen Fähigkeiten erklären zu wollen. Das Kind muß nach seinem seelischen Verhalten beurteilt werden. Bei einem Vergleich zwischen Arbeiterkindern und solchen aus dem Mittelstand zeigt sich eine Ueberlegenheit der letzteren. Diese sind jedoch nur auf die besseren Umweltsbedingungen zurückzuführen. — In seinem Schlußwort wies Prof. Peters die Schlußfolgerungen des Herrn Stadtschulrates Dr. Hartnacke, die der letztere für die Kinder der unteren Stände in seinen Untersuchungen zieht, zurück. Falsch seien auch demzufolge Hartnackes Folgerungen für den Aufbau unseres Schulwesens.

Die neue Arbeiter-Illustrierte erschienen!

Wir bitten die Dresdner Literatur-Obleute, diese in der Buchhandlung Oswald Groß abzuholen.